

Bavar.

4106

-27-

Bavar. 4106 / 27.

<36628047500017

<36628047500017

Bayer. S



Aufklärung

über den

27

Mahnruf

des

Märzvereins in München

und

dessen Treiben.

Mit einem Anhang:

Die Adresse der Kammer-Majorität.

Auf Kosten des constitutionell-monarchischen Vereins
für Freiheit und Gesetzmäßigkeit in München.



Gedruckt bei J. Georg Weiß.

Liebe Brüder in Bayern!

Der Märzverein in München hat in einem kleinen Büchlein einen Mahnruf an den deutschen Volksstamm der Bayern erlassen.

Es wird Euch diese Aufschrift etwas aufgefallen seyn; — doch, macht Euch nicht viel daraus; der Märzverein will eben kein Königreich Bayern; — — er will etwas Anderes; — — ihr könnt es leicht merken; sein Büchlein ist gar verständlich geschrieben für Jeden, der seit dem Monate März 1848 seinen Verstand nicht verloren hat. Seht nur, wie das Büchlein die begangenen Fehler der Regierung so emsig aufzählt und rügt, dagegen aber mit höchster Sorgfalt Alles verschweigt, was die Regierung vor und nach den im März 1848 bei uns ausgebrochenen Unruhen zur Abschaffung alter Mißstände, und zur Beförderung der Wohlfahrt des Landes gethan hat.

Betrachtet weiter, wie Euch das Büchlein so eifrig davon zu überzeugen sucht, daß die Fürsten bisher ihre Unterthanen nur mit Verachtung behandelt haben, und daß selbst in unserer Verfassungs-Urkunde vom 26. Mai 1818 die Staatsangehörigen als bloße Sachen (Heuschaber, Kornsäcke, Rennpferde??) angesehen seyen, — — ihr werdet dann in Anbetracht dieser — euerem Gedächtnisse und eurem Verstande nicht sehr schmeichelhaften — Vorspiegelung des Märzvereines noch besser merken, daß er es auf etwas Anderes abgesehen hat, als auf eine bloße wohlmeinende Ermahnung, festzuhalten bei den in der königlichen Proclamation vom 6. März 1848 ausgesprochenen Bewilligungen, und den am darauf gefolgten Landtage zu Stande gekommenen Gesetzen über die Verantwortlichkeit der Minister, die ständische Initiative, die Freiheit der Presse, die Aufhebung der gutherrlichen Gerichtsbarkeit, die Aufhebung der Jagd auf fremdem Grunde, und die Aufhebung und Ablösung von Grundlasten.

Der Märzverein ist damit bei weitem

nicht zufrieden, und spricht sich darüber auch in seinem Mahnrufe (Seite 14) nach langen — gar freundlichen — Umschweifen — deutlich genug aus, indem er sagt:

„es muß in Folge der Märzrevolution
„dahin gebracht werden, daß alles im
„Staate nur für und durch das Volk
„geschieht; dann erst ist der Zweck der
„Märzrevolution vollständig erreicht!!“

Der erste Satz, daß nemlich im Staate alles für das Volk geschehen soll, war schon vor den Märzunruhen des Jahres 1848 unangefochten als richtig anerkannt; — und damit ja gegen den Grundsatz von Oben herab durch Willkühr oder üble Hauswirthschaft ungeahndet in Zukunft nicht mehr gesündigt werden kann, hat das Volk das Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister begehrt, das ihm auch vom Throne, wie gezeigt, bereitwillig gewährt worden ist.

Aber mit dem zweiten aufgestellten Satze:
„es muß dahin getrachtet werden, daß
„Alles nur durch das Volk geschieht,

„und daß erst dann der Zweck der März-
revolution erreicht ist,“ — —

geräth der Märzverein auf ein Gebiet, wohin ihm ein denkender, redlicher Bayer nicht folgen kann. Mit dem eben gedachten Satze läugnet der Verein nicht bloß,

- 1) daß in Bayern mit dem 6. März jede Revolution *) ihr Ende erreicht hat, sondern
- 2) er ermuntert zur permanenten (fortwährenden) Revolution in so lange auf, bis die Sache dahin gebracht ist, daß Alles nur durch das Volk geschieht, das heißt klar: bis die Volksherrschaft (Souverainität des Volkes) bei uns thatsächlich eingeführt ist.

Das ist wirklich eine unerhörte Vermessenheit des Märzvereins gegenüber der großen Mehrheit freier Männer, die eben auch keine Werkzeuge bloßer Willkürherrschaft seyn wollen und des Volkes Rechte so aufrichtig lieben, wie die Rechte des Thrones achten, die

*) wenn eine solche in Bayern wirklich bestanden.

aber auf Wahrheit, Ehre und Treue noch Etwas halten.

Im Sinne dieser Männer müssen wir vor Allem

ad 1. darauf wohl aufmerksam machen, wie kein Münchener, kein Bayer als wahr bestätigen kann, daß man zu Ende Februars und Anfangs März 1848 im Ganzen mehr verlangt und vom Throne verheißen erhalten habe, als was die königl. Proclamation vom 6. März ausdrückte, nemlich

- a) die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Minister,
- b) die Abschaffung der Censur und Einführung vollkommener Pressfreiheit,
- c) die Verbesserung der Landtags-Wahlen,
- d) die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Schwurgerichten,
- e) eine Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten und der Relicten der Staatsdiener.

Von diesen Zusicherungen ist aber dem Volke vom Throne nichts vorenthalten, und daß das wenige davon noch Fehlende von ihm nun nicht

erfüllt werden wolle, — getraut sich selbst der Märzverein in seinem Mahnrufe nicht zu behaupten! Und die gesetzlich gewählten Volksvertreter in den Kammern werden ohnehin auf nichts vergessen.

Es kann daher mit Grund niemals gesagt werden, der Zweck, zu welchem sich in Bayern das Volk in den Märztagen erhoben hat, sey nicht erreicht.

Dagegen steht thatsächlich fest, daß mit dem 6. März 1848 in Bayern die im Mahnrufe als Revolution bezeichnete Erhebung ihr Ende erreicht hat.

Das bayerische Volk blieb besonnen und mäßig in seinen Forderungen, — es hat den Thron nicht angetastet; — es blieb ehrerbietig vor ihm stehen, und war mit dem Erreichten zufrieden!

Keine Stadt, kein Marktflecken, keine Gemeinde hat nach dem 6. März sich gewaltsam erhoben, um neue Forderungen eigenmächtig durchzusetzen, und die versuchten Straßenercesse müßiger Taugenichtse erndteten überall

nur die ihnen gebührende Betrachtung, fanden keinen Anklang!

Was will nun

ad 2. der Märzverein mit seinem Mahnrufe? Was schwebt ihm für ein Zweck der gedachten Märzerhebung vor Augen? Was will er mit der Einführung der Volksherrschaft?

Er mag es sagen, oder nicht, — er will eine neue eigentliche Revolution

dem 6. März 1848

anreihen.“ Das ist es, liebe Brüder, wenn er Euch sagt: „ihr dürft Tag und Nacht nicht ruhen, bis die Sache dahin gebracht ist, daß Alles nur durch das Volk geschieht,“ was nach der Ueberzeugung und dem Ausspruche aller Gesunden niemals etwas Anderes heißt, als: ihr sollt zur Einführung der Volksherrschaft alle und jede Mittel anbieten!

Der Märzverein, indem er diesen seinen Zweck, des Umsturzes der bestehenden Staatsform, verfolgt, kann aber als Mittel zu demselben

nur eine Revolution — und zwar eine fortwährende, bis zu Erreichung des Zweckes — wollen. Denn daß wissen alle Gebildeten und durch die Vermittelung unsers gedeihlichen Strassen-Buchhandels jetzt bereits selbst die Schulkinder, daß die Volksherrschaft neben sich keinen Fürsten und auch keine Verfassung duldet, in welcher von einem Fürsten und einem Kronrechte die Rede ist. Die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit ihrer Schwester, der höchsten Grobheit, lassen ihrer Natur gemäß in dem sogenannten Rechtsstaate der Volkssouverainität (Volksherrschaft) eine Oberherrlichkeit ein für allemal nicht zu.

Wer daran zweifelt, mag am Eingange des Programmes der Linken der bayerischen Abgeordneten zur II. Kammer die ausdrückliche Erläuterung lesen, daß man unter dem Ausdrücke: „„alles durch das Volk““ die Volksherrschaft verstehe.

Der Märzverein, — er mag sich drehen und wenden, wie er will, — ist daher auf dem Wege zum Umsturze unserer Verfassung, welche auf dem Grundsätze der constitutionellen Monarchie beruht, das heißt, wo der

König nur in Vereinigung mit den gewählten Volksvertretern Gesetze geben kann, übrigens die in dieser Weise zu Stande kommenden Gesetze durch verantwortliche Minister vollziehen läßt.

Die Volksherrschaft dagegen behält selbst alle vollziehende Gewalt dem Volke vor, und läßt nicht einmal einem Schattenkönige mehr Platz. —

Diese Volksherrschaft hat aber ihre ganz eigenen Bedenken und Gefahren. Das haben schon unsere Voreltern im alten Deutschland vor tausend Jahren eingesehen; sie wußten, daß da nichts zusammengehe, wo Jeder herrschen, Keiner gehorchen, und so Mancher nur im Trüben fischen will! Sie ließen sich daher bei aller Liebe zur Freiheit von ihren angestammten Herzogen und Königen regieren, welche mit ihnen alle guten und bösen Tage theilten.

Frankreich, das sich im Februar vorigen Jahres zum zweiten Male eine republicanische Staatsform angeeignet hat, ist der „Volksherrschaft“ schon wieder herzlich satt; — es hat sich, leider, noch einmal davon überzeugen müssen, wie

leicht dieselbe zum Schaden aller Staatsbürgerklassen in eine Pöbelherrschaft hinüberzuspringen droht. Das freie Frankreich war deshalb vor Kurzem neben Anderen wider die Presse und die freie Versammlung zu verbietenden Maßregeln zu greifen gezwungen, welche bei uns sicherlich als tyrannisch verschrieen würden.

Auch in Frankfurt will man jetzt die Gefahren der Einführung einer „Volksheerrschaft“ erkennen, und hat vor wenigen Tagen mit einer sehr grossen Majorität die Aufstellung des Satzes verworfen, daß die Reichsgewalt in der Souverainität des deutschen Volkes liege. Selbst der Mann des kühnen Griffs, der edle deutsche Mann, Heinrich von Gagern, konnte dem Satze aus wahrer Liebe zu seinem grossen Vaterlande nicht huldigen!

Der Märzverein, ein Kind jener Männer der Linken, welche Euch, so oft ihr es wollt, frei und ohne Feh! in das Gesicht sagen, daß sie die Republik wollen, muß daher bei uns in Verfolgung seines Zweckes unvermeidlich

auf einen Widerstand stoßen, der uns unberechenbaren Gefahren aussetzt.

Soll nemlich die Volksherrschaft in Bayern Platz greifen, so müssen Fürst und Verfassung entfernt werden! Das werden gar Viele, die auf Ehre, Treue und geschworene Eide noch Etwas halten, am Ende nicht angehen lassen, — sie werden sich widersetzen, — es wird zu ernstern Kämpfen kommen, — — mit einem bloßen Reformbankett geht die Sache nicht ab!

Und könnte dann auf kürzere oder längere Zeit (bis das Maß der kühnen Unternehmer wieder voll seyn wird) die vom Märzverein bezweckte — so dringend empfohlene — Volksherrschaft nach dem Sturze unserer Staatsverfassung wirklich Platz greifen, so würde die allgemeine Verwirrung (Anarchie) gewiß auch bei uns bald eintreten, weil bei der Volksherrschaft (reinen Demokratie) Jeder sich zum Regieren und Fordern berechtigt glaubt.

Da insbesondere, und ganz natürlich, die Besitzenden sich in solch bedauerlichem Zustande nicht gutwillig verstehen werden, von faullen-

zenden Unruhestiftern sich Gesetze und drückende Steuern vorschreiben zu lassen, so führt der Zweck des Märzvereines geradewegs zu einem Kampfe der Besitzenden mit den Nichtbesitzenden, — zu einem Kampfe um die Herrschaft auf Leben und Tod, der, er mag ausgehen, wie er will, nur den Ruin unsers schönen Bayern in allen seinen Theilen herbeiführt.

Mancher, der jetzt boshaft lacht, wenn der Tanz losgeht, wird sich endlich durch seltsame Erscheinungen bitter enttäuscht fühlen.

Der Märzverein aber — und wenn er es noch so gut meinte — wird es nie und nimmermehr in der Hand haben, dem einmal ausgetretenen Strome einen Damm zu setzen! Das Ufer, das er mit fressendem Mißtrauen verdächtigt und unterwühlt, wird unter seinen Füßen den wilden Wogen weichen und einstürzen; die unersättlichen Leidenschaften, die er in seinen rastlosen Blättern aufgestachelt, werden mit bitterem Hohne an ihm vorüberreichen, sie werden ihm nur einen Sumpf übrig lassen, auf dem er — wenn schon von dem Polizeistaate entfesselt — keinen Boden finden wird für seinen idealen Rechtsstaat! Der ewige und

allein wahre Boden des Rechtsstaates ist und bleibt die Gerechtigkeit, — die ist aber vernichtet, wo die Grundpfeiler einer Verfassung freventlich gewaltsam ohne den Gesamtwillen einer Nation oder eines Volksstammes ausgerissen werden.

In einem also bereiteten Sumpfe wird der Märzverein weder eine Staatskassa, noch eine concurrenzpflichtige Gemeinde finden, die ihm die versunkenen Flußufer wieder aufdämmt, die hungrigen Lehrer speiset; — in diesem Sumpfe wird er keine Kapitalien finden, die er nach dem Gesetze vom 4. Juni 1848 mit Steuern belegen kann; nur das Wild, daß Gott erbarm', längst erlegt, wird das Gras der verlassenen Fluren nicht mehr rauben! In Lumpen gekleidet wird der Gewerbe- und Handelsstand dem Märzvereine seine Empfindungen aussprechen, wie es ihm bei seiner gepriesenen Volksherrschaft noch weit weniger gelungen sey, als der angegriffenen rechtmäßigen Staatsregierung mit ihren Conferenzen, Handelskammern und Vereinen von Sachkundigen!

Glaubt nicht, liebe Brüder, daß wir über-

treiben oder mit Uebertreibungen Euch anziehen wollen; — denkt nur selbst nach, — und ihr werdet finden, wie aus dem, was wir Euch vor Augen führen, Eines ganz natürlich mit dem Andern kommen muß.

Glaubt auch nicht, liebe Brüder, daß wir die Ersten sind, die vor dem Märzvereine und seinem Treiben warnen. Ihr könnt es in Mannheimer und Stuttgarter Blättern oft genug lesen, wie selbst die demokratisch gehaltenen Vaterlandsvereine in Baden und Würtemberg den Märzvereinen vorwerfen, daß sie hochverrätherische Absichten hegen und die permanente (fortwährende) Revolution wollen, welche Deutschlands Ruhe und Wohlstand rettungslos untergräbt.

Daß diese Vaterlandsvereine lügen, können wir nicht glauben, weil es uns auffällt, warum denn der Märzverein durch seine Apostel sich aller Orten so dringend empfiehlt und empfehlen läßt, um beglücken zu können, — weil uns auch auffällt, warum die ihm dienenden Schandblätter — auf der Strasse und in Gaststuben den Leuten aufgedrungen, —

alle innere Scheu des Menschen vor dem Walten eines ewigen heiligen Willens, alles Schaamgefühl zu verdrängen, — allen Gehorsam gegen die Obrigkeit, alles Vertrauen in die Regierung mit Verdächtigungen, Verdrehungen und Erfindungen zu vernichten, unablässig bemüht sind?

Wozu geschieht das? Uns ist es klar! Ist einmal das religiöse Gefühl vernichtet, — ist das Ansehen und die Macht der Regierung gelähmt, dann ist der Revolution die Bahn gebrochen, zu der man den bethörten Mäusen den Speck, die Aussicht auf eine wohlfeilere Regierung vorlegt.

Ja, Frankreich hat von diesem Speck im Februar 1848 auch gekostet; es hat seinen König verjagt und die Republik eingeführt, es zahlt aber heute auch mehr Steuern und giebt jährlich um 180 Millionen Franks mehr aus, wie früher unter dem König, weil die böse Unruhe der Unzahl von Souverainen der Republik nicht aufhört, und schon auf das nothwendige Heer unermessliche Ausgaben erwachsen.

Das könntet ihr, liebe Brüder, bei uns mit der Volksherrschaft auch erfahren, und Euch überzeugen, daß der Vorwurf, den sich der Märzverein gemacht zu sehen befürchtet, doch nicht ganz ungegründet seyn möchte, daß er nemlich bloß den Rahm bei der bayer'schen Milch abnehmen möchte!!

Und nun genug. — Seid aber auch versichert, liebe Brüder, daß die, die Euch dieses schreiben, zu jeder Zeit jeden Versuch der Wiederkehr vormärzlicher Uebelstände standhaft zurückweisen, — daß sie dagegen ein freies großes Deutschland mit einer mächtigen Centralgewalt wollen, in welchem aber auch unserm geliebten Bayern mit seinem angestammten Fürsten jene Kraft und Selbstständigkeit gewahrt bleibt, welche zur Erhaltung der rechtlichen Ordnung jedem Einzelstaate nothwendig ist, und bei deren Bestehen allein die Freiheit und Einigung Deutschlands zur Wahrheit werden kann!

München am 30. März 1849.

Die Adresse der Kammer: Majorität.

Ueber die Adresse der Mehrheit ist schon so viel geschrieben worden, daß einem die Lust vergehen sollte, eine neue Zeile anzureihen.

Die Mehrheit muß man ehren; darüber waltet kein Zweifel. Wenn aber der vielbespöttelte großartige Fackelzug, die vielverdächtigsten zugeströmten Adressen, der unumwundene Ausdruck der Leute von schlichtem Verstande, rechtsbegründetem Besitze und ehrlichem Erwerbe sich so sehr gegen die Majorität der Kammer erklären; so wandelt einen der leise Zweifel an, als ob der Ausspruch der

Kammer-Mehrheit nicht die echte Stimme des Volkes wäre.

Was sagen hiezu die Männer von ruhiger Ueberlegung, die Männer von reifer Erfahrung, die Männer, welche sonst als freisinnig galten, die alten, bewährten, nicht die jungen, noch in der Vorbereitung für das Leben stehenden Volksfreunde? Horcht man auf ihre Aeußerungen, so hört man Nachstehendes:

1. Die Adresse der Mehrheit will ein einiges, kräftiges Deutschland; wir sind mit der Mehrheit ganz gleichen Sinnes. Aber es sei uns erlaubt zu bemerken, daß wir gar sehr fürchten, es dürften die in Frankfurt trotz alles Verfassungs- und Kaiser-Machens dieses Ziel nicht erreichen.

2. Daß Deutschlands Einheit und Stärke hervorgehe, muß jeder Einzelstaat Opfer bringen; wir sind mit der Majorität ganz einverstanden. Wenn uns aber das gute deutsche Reich verfassungsmäßig jene Einkünfte wegnimmt, die wir zur Bestreitung unseres Staatshaushaltes, und zur Tilgung unserer Nationalschuld brauchen; so muß

man es doch nicht gar zu übel nehmen, wenn wir ein saueres Gesicht schneiden und lieber nein als ja sagen möchten.

3. Es muß jeder Deutscher der deutschen Grundrechte unverkürzt theilhaft seyn; wir stimmen der Kammer-Mehrheit vollkommen bei. Wenn jedoch die Grundrechte wie Rechte aussehen, die keinen Grund haben; wenn dieselben sich in Dinge mischen, die bei der nothwendigen Beachtung der würdigen Existenz der Einzelstaaten sie nichts angehen; wenn sie durch die grelle Schonungslosigkeit des plötzlichen Einführens sich als rücksichtslose Knechte einer zwingherrlichen Freiheit beleidigend breit machen: dann wird man es doch natürlich finden, daß wir Grundrechte wünschten, die ohne Gefahr eines großen Schadens anzunehmen wären, daß wir wenigstens eine Art der Einführung möchten, durch die nicht so manchem wohlbegründeten Rechte der vernichtende Fußtritt auf den gebeugten Nacken gesetzt werde, — daß wir im Interesse der Freiheit mit der freien Menschen gebührenden Rücksicht behandelt werden wollten.

4. Das Volk soll mit der Krone

das Recht der Initiative theilen; wir wollen dasselbe, wie die Kammer-Mehrheit. Aber die Majorität setzt bei „das unbeschränkte“; dieses scheint uns gefährlich, weil nach diesem Rechte der Antrag, Bayern sollte aus einer konstitutionellen Monarchie eine Republik werden, ebenfalls gerechtfertigt wäre, was nach unseren Grundsätzen die Verfassung umstürzen hieße. Man kann zwar einwenden: Wer wird einen solchen Antrag für möglich halten? Hat nicht Herr Stöcker, ein Mann der Linken, gegen diesen Verdacht aus treu-bayerischer Brust energisch genug gesprochen? Wir möchten sagen: die Linken trauen der Regierung nicht, und wir geben ihnen zu, daß sie Grund dazu haben; wir trauen aber auch den Linken nicht, und glauben ebenfalls, nicht ohne Grund es zu thun. Was Herrn Stöcker betrifft, sind wir sehr beruhigt, und wenn die Linken denken, wie Herr Stöcker, so sind sie uns schon die rechten Männer. Aber sind die Linken lauter Stöcker?

5. Die Kammer-Mehrheit spricht von Krone und Thron; damit sind wir ganz einverstanden. Die Kammer-Mehrheit spricht

aber nicht vom konstitutionell-monarchischen Prinzip, und hat sich den Beisatz „monarchisch“ durch die ernsteste Debatte nicht aufdringen lassen; damit sind wir gar nicht einverstanden. Der Grund, daß unter „konstitutionell-monarchisch“ das vormärzliche System verstanden werden könnte, ist doch gar zu kühl, wenn ihn auch ein heißer Linksmann aufgestellt hat. Die Sache könnte auch anders seyn. Die Kammer-Mehrheit spricht vom konstitutionellen König, von dem Initiativrecht, das die Volksvertretung mit der Krone theilt, von einer Stütze der Krone, vom Vertrauen der Krone und des Volkes, vom Wirken zwischen König und Landtag — und dürfte somit nichts weniger, als republikanisch seyn. Aber, hört man sagen, dieses ist bloß die faktische Anerkennung des Königthumes, was die Linken thun müssen, so lange König, Thron und Krone eine Thatsache in Bayern ist. Warum nehmen sie das Wort „konstitutionell-monarchisch“ nicht mit in's Prinzip auf? Seht, „monarchisch“ paßt nicht in ihr Prinzip, sie könnten dann seiner Zeit vom unbeschränkten Rechte der Ini-

tiative nicht den beabsichtigten Gebrauch machen, um dem Ziele der Selbstregierung nicht bloß immer näher zu kommen, sondern dasselbe durch einen kühnen Griff zu erreichen. So sprechen mißtrauende Menschen, die nicht leicht eines Besseren sich belehren lassen.

6. Die Kammer-Mehrheit hat noch viel Gutes gesagt; dem wir herzlich beipflichten. Daß Ersparungen eintreten können in manchem Zweige, geben wir gerne zu; ob das stehende Heer zu stark zu reduzieren räthlich wäre, wird in Zweifel gezogen. Es meinen nämlich gar viele, daß das stehende Heer zwar recht viel koste, daß aber die Ruhe im Innern und die Sicherheit nach Außen dieses Opfer werth sei; ja sie glauben sogar, daß in Deutschland eine greuelhafte Verwirrung herrschen würde, wenn wir in diesem Jahre die stehenden Heere nicht gehabt hätten. — So ungefähr meinen die Menschen; glaube jeder davon, was er will!



Franz Steckeler

Schreibwaren-Bücher

8884 HÖCHSTADT/Do

Digitized by Google

